

Zusammenfassender Bericht über die am 27. September 1945
 in Mahlow stattgefundene Sitzung.

Herr Major Nagram eröffnete die Sitzung mit den Worten: Heute ist eine besondere Sitzung. Wir besprechen eine Frage zur Verbesserung der Lebensweise des Deutschen Volkes. Diese Frage ist sehr ernst zu nehmen.

Herr Cohn verliest hiernach ein Schreiben der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg, in welchem die Arbeitsleistung der Kreise Lübben und Teltow besonders lobend herausgestellt wird und zum Ausdruck kommt, dass die geleistete Arbeit auch bei den höchsten russischen Stellen Anerkennung findet. Nun werden wir wieder vor eine grosse neue Aufgabe gestellt, die Bodenreform. Diese ist eine soziale und politische Notwendigkeit geworden und es darf kein Hindernis geben, sich ohne Rücksicht für diese einzusetzen. Hiernach wurden die einzelnen Artikel der Bodenreform vorgelesen und hierzu Stellung genommen. Herr Dr. Tiemer gab dann zu dem Thema Bodenreform einige Erklärungen. Verschiedene der zur Enteignung kommenden Wirtschaften sind als Saatgutwirtschaften vorgesehen. Hierunter fällt auch das Stadtgut Zossen. Die endgültige Entscheidung hierüber trifft die Provinzialverwaltung. Wirtschaften und Güter, die zur Bewirtschaftung freigegeben sind, müssen unbedingt besichert werden. Es muss ein Bewirtschafter vorhanden sein. Die Gemeinden müssen kontrollieren; denn sie sind die Träger der Bodenreform und dafür verantwortlich. Sie sind auch verpflichtet dafür zu sorgen, dass keine Diebstahle in den enteigneten Gütern vorkommen.

Herr Landrat Meschkat führte dann aus, was jetzt zu tun ist.

- 1.) Sie haben dafür zu sorgen, dass der Boden der Wirtschaft sofort bestellt wird. Dass die Arbeiten durchgeführt werden ohne Rücksicht darauf, wann und wie das Gut verteilt wird. Die Saat muss bis zum 2. Oktober 1945 eingebracht sein.
- 2.) Jeder der Wirtschaften ist sofort mit einem Verwalter zu besetzen, wenn nicht schon jemand vom Landratsamt eingesetzt worden ist. Die Bewirtschafter haften dafür, dass kein Stück entwendet wird. Es muss ein Inventarverzeichnis angefertigt werden, welches vom Bürgermeister, ehemaligen Besitzer und vom Verwalter unterschrieben werden muss.
- 3.) Es ist nicht beabsichtigt, dass gesamte Inventar zu verteilen. Es wird ein Plan aufgestellt, wie die Maschinen eingesetzt werden. Die Bauernkommissionen müssen Bauernhilfsausschüsse bilden, die die Maschinen rationell zu lenken haben. Es darf nicht zugelassen werden, dass Landnehmer Inventar nehmen. Es muss Schritt für Schritt verfahren werden, damit keine Werte verloren gehen. Die Vorschläge über die Landverteilung müssen bis spätestens 30.9.1945 beim Landrat vorliegen. Sind die Vorschläge sanktioniert zurück, dann hat umgehend die Verteilung zu erfolgen. Die Vorschläge der Kommissionen müssen von einer allgemeinen Bauernversammlung angenommen werden. Die Bauernkommission beschliesst, das so und so viel vorgesehen sind und welche Stücke diese bekommen sollen. Dieser Beschluss muss spätestens morgen in einer allgemeinen öffentlichen Versammlung angenommen werden. Zuvor muss der Beschluss öffentlich am Gemeindebüro angebracht werden, damit dieser evtl. kritisiert werden kann. In der öffentlichen Bauernversammlung muss darüber debattiert werden, ob die Vorschläge angenommen werden. Lehnt die Bauernschaft mit Stimmenmehrheit ab, dann muss die Kommission neue Vorschläge machen. Die Bauernversammlung muss zu einem Schluss kommen, damit dieser weitergegeben werden kann. Dann ist sofort ein Bote mit einer Ausfertigung des Beschlusses an das Landratsamt zu schicken, welches u. s. den genehmigten Beschluss zurückreicht. Beigefügt sind Urkunden der Kreis-Kommission, in welcher die Zuteilung an die Landnehmer erfolgt.

Diese Urkunden werden ausgehändigt in öffentlicher Gemeindeversammlung und zwar so, die gesamte Bevölkerung wird zusammengerufen, ein Vertreter des Landratsamtes wird zugegen sein, Schulkinder, Pfarrer, Lehrer und alle öffentlich angestellten Personen erscheinen auch. Die Veranstaltung findet entweder in einem Saal oder auf einem öffentlichen Platz statt und wird mit musikalischen Darbietungen umrahmt. Das ganze muss den Eindruck machen, dass diese Landverteilung ein Markstein in der deutschen Geschichte ist.

Bei der Zusammensetzung der Kommissionen muss jetzt noch ein Fehler bereinigt werden. Es sollen und dürfen keine Mitglieder Besitzer von über 5 ha sein. Es sind kleine Landwirte, Landerbeiter und Flüchtlinge zu bestellen. Aber nur aus Flüchtlingen darf eine Kommission auch nicht bestehen. Auch die landansässige Bevölkerung muss vertreten sein.

Herr Förster, stellvertretender Landrat, führte hiernach aus, dass es der KPD mit Hilfe der Roten Armee jetzt gelungen ist, diese Bodenreform durchzuführen. Es muss nun alles daran gesetzt werden, dass das Ganze ordnungsgemäss und reibungslos durchgeführt wird, damit es später von unseren Nachkommen anerkannt wird.

Herr Major Magram betonte, dass der landlose Bauer schon immer diese Bodenreform gewünscht hat und heute wird dieser Wunsch nun erfüllt. Sie als Bürgermeister sind Vertreter des deutschen Volkes und müssen jetzt pflichtgemäss entscheiden bei der Verteilung des Landes für landarme und landlose Bauern. Es kommt nicht nur auf die Verteilung, sondern auch auf den späteren Nutzen an. Ein Wir werden auf verschiedene Schwierigkeiten stossen insbesondere bei den landwirtschaftlichen Maschinen. Jeder Bürgermeister muss eine Zusammenstellung machen, dass besonders die Bauern, die keine Maschinen haben, welche bekommen. Jeder Bürgermeister und Bauer muss also gerade in dieser Hinsicht ehrlich sein. Es muss ein Plan aufgestellt werden, dass man jedem gerecht wird. Ich hoffe, dass diese gestellte Aufgabe gut durchgeführt wird. Schwierigkeiten auf die wir stossen, müssen wir gleich dem Landrat mitteilen. Die Zeit ist begrenzt. Deswegen müssen wir auf der Hut sein, besser zu arbeiten als bisher, damit wir immer wieder als erster Kreis in der Provinz Mark Brandenburg bleiben.

Kreiskommandant Nikoforow erklärte, dass die hier Versammelten Vertreter des deutschen Volkes sind. Deshalb müssen wir begreifen, was für Verantwortung tragen. Jeder weiter, ob gross oder klein muss wissen, dass er aktiv durchführen muss den Wunsch des ganzen deutschen Volkes, nämlich die Bodenreform. Auch die Güter, die Besitz der Roten Armee sind, unterstehen der Landverteilung. Es wird aber nicht jetzt verteilt, sondern bleibt noch im Besitz der Roten Armee. Es ist möglich, dass, wenn die Rote Armee später abzieht, dass auch dieses Land an Bauern, die es sich verdient haben, verteilt wird. Wir müssen nicht traurig sein, dass nur so wenig Land zur Verteilung kommt. Die Hauptsache ist, dass wir diesen langen Wunsch erfüllen können. Bei Hitlerismus konnte dieser nicht erfüllt werden, weil die Gutswesitzer selbst das Interesse hatten, sich zu bereichern. Jetzt ist die Frage anders. Diese Parasiten, die am Untergang Deutschlands Schuld hatten, sie werden angesehen als Kriegsverbrecher. Deshalb kann das Volk von ihnen Land wegnehmen. Jetzt hat das deutsche Volk begriffen und wir können nun durchführen die demokratische Idee. Das beweist, dass wir tatsächlich können bekämpfen den Hitlerismus. Ich danke, dass wir solche Führer im Kreise haben und verlasse mich auf sie, dass sie das Problem der Bodenreform nicht durchführen und zufriedenstellen die landarmen und landlosen Bauern. Gestatten sie, dass ich ihnen ein gutes Gelingen zur Durchführung der Bodenreform wünsche.

Herr Meschkat trägt vor, dass am kommenden Sonnabend, dem 29.9.1945, um 10 Uhr, in Blankenfelde auf dem grossen Platz vor dem Gemeindebüro ein öffentlicher Markt stattfindet. Das ist der erste öffentliche Markt, der jetzt in Deutschland stattfindet. Es liegt an uns, die Form zu finden, dass dieser Markt zu einem Ereignis wird. Um 10 Uhr vormittags findet die Eröffnung des Marktes statt. Es werden hohe Persönlichkeiten wie Marschall Sharow und Herr Steinhoff von der Provinzialregierung zugegen sein. Wir treten an die Bürgermeister mit einer Forderung heran. Sie haben heute und morgen die Landwirte und Bauern hinzuweisen dass dieser Markt stattfindet und aufzufordern, dass sie zu diesem Markt erscheinen und Produkte dort zum Verkauf stellen sollen. Der Landwirt handelt, wenn er diese Gelegenheit vorübergehen lässt, gegen sein Interesse. Es kann frei und öffentlich, ohne Bevormundung der Polizei verkauft werden, nachdem die Bauern ihr Soll erfüllt haben. Der Bauer kann Preise verlangen, die ihm angemessen erscheinen. Es wird damit erreicht, dass der Landwirt das Gefühl erhält, dass er freier Produzent ist. Die Bevölkerung wird die Gewissheit gewinnen, dass nicht nur die Sollabgabe die Ernährungslage sichert, sondern dass sie sich zusätzlich Nahrungsmittel erwerben kann. Wir werden die Entwicklung der Märkte aufmerksam verfolgen. Wir werden unsere Hilfe in keiner Weise versagen. Es ist der feste Entschluss den freien Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zu fördern und in Gang zu setzen. Allmählich wird das Rad ins Rollen kommen und ein gesunder Kreislauf entstehen. Es besteht die Anordnung, dass der Landwirt nicht mehr als 3 Kilo an den einzelnen Käufer abgeben soll. Es muss so verfahren werden, weil jeder im Kreis die Möglichkeit haben soll, sich zusätzlich Lebensmittel zu beschaffen. Wir können es uns kaum vorstellen, dass dieser freie Markt wieder gestattet ist. Es hängt viel davon ab, auch in politischer Beziehung. Es ist dafür zu sorgen, dass die Bauernschaft recht vollzählig erscheint und auch Produkte mitbringt. Die Kontrollen auf den Strassen werden angekündigt, dass sie jedermann an diesem Tage frei passieren lassen. Wir haben dafür gesorgt, dass auch zusätzlich für die Kinder Bonbon gekauft werden können. Auch für musikalische Unterhaltung ist gesorgt. Ausserdem ist eine Ausstellung von landwirtschaftlichen Geräten. Daneben ist eine Musterchau, wo Bestellungen entgegengenommen werden. Es hört sich schwer mit an, aber wir müssen glauben, dass es gehen wird. Wenn Landwirte noch nicht im Besitz ihrer Sollabgabebescheinigung sind, dann ist dafür zu sorgen, dass dieses nachgeholt wird. Die Kommandanturen haben Anweisung, dass Fahrzeuge an diesen Tagen zur Verfügung stehen, damit auch Landwirte zu dem Markt erscheinen können, die eine weitere Entfernung zurückzulegen haben.

Major Magram kommt auf die Frage der Wintersaat und Herrichtung des Ackers zu sprechen. Hierzu führt Dr. Tismer aus, dass die Meldungen der Gemeinden über die Herbstbestellung gezeigt haben, dass 85 % fertig gepflügt waren. Es ist damit erreicht, was zu erreichen war. Der Rest wird sich auf Kartoffel-Roggen beziehen. Die Landwirte und Bauern haben das ein grosses Verdienst erworben. Das Ziel ist, da woz Getreide auf Getreide folgt, die gesamte Wintersaat bis zum 2.10. in die Erde zu bringen. Das wird dann bestimmt eine gute und kräftige Saat. Auch bei der Herbstbestellung haben die einzelnen Bezirke wieder verschieden gearbeitet. An erster Stelle stehen die Bezirke Trebbin, Wildau und Grosse-Köris. Dagegen sind die Bezirke Sossen und Königs-Wusterhausen am weitesten zurück.

Es muss im nächsten Jahr eine ausreichende Fläche mit Ufrüchten bestellt werden. Die Gemeindevorsteher müssen dafür sorgen, dass Saatgut vorhanden ist. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Saat zur Bestellung des Wintergetreides auf jeden Fall vorhanden ist. Wo erstmalig bestellt wird, dafür soll das Saatgutgetreide besorgt werden.

(Major Magram schaltet sich mit der Frage ein, ob die Bevölkerung Fett braucht. Auch er selbst bejaht diese Frage und sagt, dass deshalb unbedingt Raps angebaut werden muss und heute stellt sich raus, dass nicht ein Bürgermeister seinen Plan erfüllt hat. Mit welchem Fett soll nun die Bevölkerung beliefert werden? Wir können doch nur mit Tatsachen beweisen, dass wir für das Volk sorgen.)

Dr. Tismer führte weiter aus, dass bis zum 15.10.1945 die Kartoffelernte beendet sein muss. Sie darf nicht durch Frost gefährdet werden. Für die Ernte sind möglichst Handarbeiter einzusetzen und die Maschinen für andere Arbeiten freizulassen. Das Soll muss Ende November abgeliefert sein. Es wird aber dringend gewünscht, dass das Soll schon vorher erfüllt wird. Dadurch soll dafür gesorgt werden, dass die Bevölkerung einkellern kann. Der freie Markt ist erst dann, wenn das Soll erfüllt ist. Das Saatgut muss zurückbehalten werden. Die Anbaufläche von Kartoffeln für 1946 ist auf die Anbaufläche von 1944 festgesetzt worden. Also nochmals, genügend Saatgut zurückbehalten.

Wenn das Land im Herbst gepflügt wird, trägt es im nächsten Jahr besser wenn eine Trockenheit folgt. Es müssen also noch alle Flächen umgebrochen werden und nicht erst im Frühjahr. Es sichert eine bessere Ernte. Vor allem muss das Neuland mit Kartoffeln bestellt werden. Wir können es uns nicht leisten, dass diese Flächen ungenutzt bleiben.

Major Magram stellt fest, dass die Arbeit der Bürgermeister sehr vielseitig ist und trotzdem kommt immer noch mehr dazu. Daraus können wir schliessen, dass er ein sehr ernster Mensch sein muss. Er muss auch alle Fragen sehr ernst betrachten. Aussaat je früher desto besser. Die Ernte in Teupitz ist sehr schlecht. Dort reicht der Ertrag kaum für die Ernährung der eigenen Bevölkerung aus, was viel weniger noch für den Markt. Die Frage des Kunstdüngers ist besonders wichtig. Mitt all diesen Fragen muss sich der Bürgermeister tag täglich beschäftigen und von allen immer die wichtigste zuerst erledigen. Viele Städte haben viel Dünger und mit anderen Städten keine Verbindung. Hier muss wieder gegenseitig ausgeholfen werden. Immer wieder, je zeitiger wir jetzt säen, je besser im nächsten Jahr die Ernte und viel früher frei Markt. Wo noch Kartoffeln in der Erde sind, diese schnell raus, weil doch noch die Winter Saat rein muss.

Es muss auch daran gedacht werden, die landwirtschaftlichen Maschinen in Ordnung bringen zu lassen. Für die fehlenden Teile einen Plan aufstellen und schnellstens besorgen.

Noch eine Frage. Richtige Aufbewahrung der abgelieferten Produkte in den Sammelstellen. Leiter der Sammelstellen und Bürgermeister müssen zusammen arbeiten. Der Bürgermeister muss auch Sorge dafür tragen, dass die Sollabgabe richtig aufbewahrt wird. Der Winter kommt. Wir müssen sehr viel Kartoffeln lagern für die Bevölkerung. Nicht in je er Gemeinde ist eine Sammelstelle für Kartoffeln eingerichtet. Wo sollen diese nun aufbewahrt werden? Wir haben hier Hallen für Aufbewahrung. Diese müssen aber repariert werden. Also sofort kontrollieren welche Hallen sind zuständig für die Sollabgabe und sind sie lagerfähig oder reparaturbedürftig.

Gestern kam einer mit einer Bescheinigung da stand drauf, dass er statt 4 Doppelzentner Kartoffeln nur 1 1/2 Dz. geliefert hat. Es hätte doch gleich vermerkt werden müssen, dass noch 2 1/2 Dz. fehlen. Dagegen wird es so gemacht am 26.9. 1 1/2 Dz. und am 27.9. 2 1/2 Dz. = 4 Dz. Das ist nicht gut.

Die Sammelstellen von Butter, Fleisch und Getreide müssen ganz besonders acht geben auf die Abgabe und Ausgabe der Quittungen. Ich stelle das zur Kenntnis, dass es nachher nicht heisst, es fehlt ihnen.

Zossen: In einem Bericht wurden 56 Tonnen angegeben und im nächsten 51 Tonnen. Wo sind die restlichen

5 Tonnen?

Das muss bestraft werden. Hierdurch ist festgestellt worden, mit wie wenig Ernst manchmal gearbeitet wird. Der Bürgermeister muss über alles unterrichtet sein. Er ist der Herr. Er muss jede Frage beantworten

Die Bevölkerung verlangt das von ihm. Es darf nicht sein, dass er sagt, da muss ich erst meinen Angestellten fragen.

Die Bürgermeister müssen dafür Sorge tragen, dass alles was geplant wird, auch termingemäss abgeliefert wird. Jeder Bürgermeister hat Bezugschein erhalten für Fleisch, Butter.

Herr Landrat Meschkat weist zur Marktfrage nachträglich darauf hin, dass in beschränkter Weise auch Produkte abgeliefert werden dürfen, worauf das Soll noch nicht erfüllt ist. Das trifft aber nur für diesen ersten Markt zu. Brot, welches die Bauern selbst backen, Mehl jeglicher Art, Gemüse, Pflanze, Blumen, Mais, Quark, Milch, Bier, Fisch. Alles kann frei angeboten und verkauft werden.

Noch ist nicht alles in genügender Menge vorhanden und wir müssen uns immer noch beschränken. Unsere grosse Sorge ist, dass wir in keine Hungersnot geraten. Aber wir müssen uns selbst helfen. Es helfen keine Anträge an die höheren und höchsten Stellen. Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Deshalb haben wir die Bodenreform in Angriff genommen und entwickeln den freien Markt, damit wir in wenigen Jahren wieder einen gesicherten Lebensstandard erhalten. Das Land gehört in vielen Fällen einem anderen. Dagegen strömen die Menschen aus diesem Land zu uns. Keine Stelle kann helfen diese Not zu lindern. Wir müssen es selbst tun. Mit Berlin können wir keine Vergleiche ziehen. Wir versuchen alles mögliche. Wenn es einem gelingt, irgend etwas ranzubekommen, so muss es dem Landrat gemeldet werden. Dieses verfügt darüber; denn wir müssen erreichen, dass eine gleichmässige Verteilung innerhalb des Kreises erzielt wird. Zur Frage der Holzversorgung ist zu bemerken, dass diese sehr brennend ist, da wir keine Kohle haben. Die Lösung wird in die Hand der Gemeinde gelegt. Über 80,000 Festmeter Holz müssen geschlagen und zerkleinert sowie den Gemeinden zugeleitet werden. Diese werden eine Aufforderung bekommen, um das Holz herzurichten. Es darf nicht geduldet werden, dass keine Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dann müssen sie eben frieren.

Einen erheblichen Teil der Fleischversorgung müssen wir mit Fisch decken. Der Fischbestand ist sehr reduziert worden. Es wird mehrere Jahre dauern, bis wir den ehemaligen Stand erreichen. Es hat jetzt niemand das Recht, aus irgendeinem See Fische zu entnehmen für seinen eigenen Bedarf. Der Bürgermeister übernimmt die Fische und diese werden als Fleisch verteilt. Übergriffe von anderer Stelle müssen sofort gemeldet werden.

Zur Transportfrage ist zu sagen, dass 6000 Tonnen Getreide in den Kreis zu fahren sind. Ausserdem noch Zucker, Salz und Düngemittel. Der Bürgermeister, der jetzt für seine Gemeinde fährt, handelt nicht im Interesse der Volksernährung. Kein Fahrzeug darf deshalb für die Gemeinde fahren. Die Bezirkskommandanten haben strengste Anweisung erhalten, alle Bürgermeister zur Verantwortung zu ziehen, die für sich fahren. Kohlen werden von jetzt ab auch laufend in den Kreis gefahren.

Jede Gemeinde muss monatlich eine Rechenschaftsversammlung mit anschliessender freier Aussprache abhalten. Diese muss 3 Tage vorher dem Landratsamt gemeldet werden.

Herr Cohrs weist auf die Sollabgabe von Heu und Stroh für die Rote Armee hin.

Hierauf spricht noch einmal Kreiskommandant Nikoiforow zu uns.

1. Freier Handel. Dieses soll sich nicht nur auf die Landwirtschaft beziehen sondern auch auf andere Wirtschafts- und Handelsbetriebe. Jeder Privatmann soll erzeugen und verkaufen. Jeder kann so verkaufen, wie es ihm die Marktpreise bieten und wir werden die Leute beglücken und werden die Preise nicht begrenzen. Diese Frage müssen die Bürgermeister verstehen.

2.) Transportfrage. Es kann jetzt nicht jeder verfügen wie er will. Wir müssen erfüllen die Aufgaben die uns vom Kreis gestellt werden. In den nächsten Tagen müssen die 6000 Tonnen Getreide aus Belgien eingefahren werden. Deshalb kann ich nur die Anweisung des Landrats begrüßen. Ich hoffe, dass wir es nicht zulassen werden, dass man uns das Getreide fortnimmt. Bei keiner Arbeit dürfen wir nach gutdünken handeln, sondern müssen praktisch arbeiten. Wir müssen erfüllen den Wunsch der Leute, welchen Boden zusteht. Bei Durchführung der Bodenreform müssen wir immer wieder genau prüfen.

Wintersaat und Herrichtung des Ackers. Ich hoffe, dass das was besprochen wurde, auch alles richtig durchgeführt wird. Ich nehme an, dass die leitenden Leute die ausführen, im nächsten Jahre die Erfolge haben.

Die Marktfrage ist keine kleine Frage. Dieser Markt soll ermöglichen Lebensmittel zu besorgen ausser den Karten. Wenn wir alle diese Fragen genau und ernst durchführen, werden wir immer an erster Stelle in der Provinz stehen. Mit ihrer aktiven Arbeit und mit meiner Hilfe werden wir die Aufgabe schon meistern.

Herr Fischer nimmt zur Flüchtlingsfrage Stellung. Er führte aus, dass bisher 24.000 Flüchtlinge, 800 Rheinländer und 600 Berliner untergebracht worden sind. Nun müssen abermals
700.000

Flüchtlinge aus den Balkanländern in der Provinz Mark Brandenburg aufgenommen werden. Hiervon entfallen 35.000 auf den Kreis Feltow. In Königsmusterhausen ist ein Sammellager errichtet und hierin die Quarantäne verhängt worden. Niemand darf das Lager verlassen, wer nicht untersucht, gekimpft und gereinigt worden ist. Erst dann werden die Leute an die einzelnen Gemeinden weitergeliefert. Es entfallen 60 % Flüchtlinge auf die Einwohnerzahl von 1939. Es können sogar noch mehr werden. Auch hier muss wieder korrekt und schnell gehandelt werden. Sonst muss das Landratsamt aus dem Stehgreif zuweisen. Alle Baracken müssen sofort gemeldet werden. Auch die Flüchtlinge haben ein Recht auf Leben und Unterkunft. Aus diesem Grunde helfe alle mitarbeiten. Fahrgelder brauchen nicht gezahlt werden. Ebensowenig Krankenhauskosten. Provinz entscheidet darüber. Es ist angebracht, Krankenwagen zu besorgen, damit erkrankte Flüchtlinge in das Lazarett Saalow eingewiesen werden können. Im Augenblick dürfen keine Flüchtlinge aufgenommen werden, die nicht im Besitz eines Flüchtlingscheines des Sammelagers sind.

Hierauf wurde die Sitzung gegen 14,30 Uhr geschlossen.